

weitgehend auf die mangelnde Qualität ihrer Predigten und das Ausmaß ihrer Besuchsrunden in den Gemeinden. Das traditionelle Image des britischen Katholiken als nachgiebig und *im unpolitischen Sinn konservativ* ist in jüngster Zeit durch wachsende Bekenntnisse zu einseitiger Kernwaffenabrüstung, christlichem Pazifismus, sozialer Gerechtigkeit, Hilfe für Drittweltländer verändert worden.

## Wandlungen in der Hierarchie

Der Pastorkongreß von Liverpool 1980 (vgl. HK, Juni 1980, 275 ff) zeigte in Äußerungen über die Wahrung einer Gewissenshaltung in der Frage der Empfängnisverhütung, daß die britischen Katholiken keineswegs eine in allem kirchenkonforme Meinung vertreten: Die ökumenische Grundströmung im heutigen britischen Katholizismus drückt die Forderung von Liverpool aus. „In ihrer Trennung sollten die Christen heutzutage alles gemeinsam tun außer dem, was ihr Gewissen ihnen getrennt zu tun gebietet.“ Seinen Entschluß, Großbritannien zu besuchen, faßte der Papst bezeichnenderweise erst, als er von der positiven Reaktion der englischen Bischöfe auf diesen ersten Laienkongreß erfuhr.

Offenbar ist ihm darum zu tun, die englischen Bischöfe zu ermahnen, sich mehr als lenkende Hirten ihrer Herde zu erweisen denn als demokratische Sachwalter von Laienansichten. Das mag dem Papst um so notwendiger erscheinen, als Erzbischof *Worlock* sich auf der letzten Bischofssynode auf den Liverpooler Kongreß berief und an die Katholiken appellierte, Geschiedenen und Wiederverheirateten mehr Verständnis zu zeigen. Der Liverpooler Erzbischof, durch sein Eintreten für Laienrechte und rassische Gerechtigkeit bekannt, steht im Ruf eines autokratischen Progressiven, der mit Kardinal Hume zu den wenigen führenden Vertretern der englischen Hierarchie gehört, die sich ganz zum Zweiten Vatikanum bekannt haben und seinen Geist in ihrer pastoralen Praxis zu realisieren bemüht sind.

Anders als Erzbischof *Worlock*, der als Sekretär von drei Erzbischöfen von Westminster aufgestiegen war, verkörpert Kardinal *Hume*, der ehemalige Abt der Benediktinerabtei Ampleforth, einen Typ der englischen Oberschicht, wie er unter den Erzbischöfen von Westminster selten war. Seine Vorgänger standen der irischen, Labour-wählenden Arbeiterschicht näher, die die katholische Mehr-

heit Englands bildete. Humes Vater war Chirurg und Protestant, seine Mutter französische Katholikin, sein Schwager Kabinettssekretär. Der englische Katholizismus hat mit ihm eine nicht unwichtige gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Humes milde benediktinische Art – er ist seiner geistigen Fassung nach der wahre christliche „Gentleman“, der, der newmanschen Definition zufolge, niemand bewußt Leid zufügt – imponiert Anglikanern besonders. Seine Religiosität ist sehr englisch, das heißt nicht besonders metaphysisch veranlagt, wohl aber spirituell, tolerant, demütig, wagt sogar Zweifel und Unsicherheiten einzugestehen. Der Kardinal äußert moderne Ansichten zu innerkirchlichen Streitfragen. Er ist ein Mann der Tradition, der zugleich mit der Zeit zu gehen imstande ist. Seine Amtsvorgänger waren eher kluge, wenn nicht gar politisch und taktisch gewiegte Prälaten, Kirchenrechtler, Seminarprofessoren. Kardinal Hume steht mit seiner Abtserfahrung mehr im Leben, aber er ist aus rein menschlicher und humaner Güte zu leicht geneigt, den verschiedensten Pressuregruppen, die auf ihn eindringen, nachzugeben und Erklärungen abzugeben, die ihm dann von anderen Gruppen übelgenommen werden. Sein nach Meinung mancher Kritiker nicht besonders ausgeprägtes politisches Talent wird von seinem außerordentlich anziehenden Wesen wettgemacht. Die Hierarchie hat in dem neuernannten Erzbischof von Birmingham, *Cowie de Murville*, dem früheren Seelsorger der Universität Cambridge, einen hervorragenden und offenen Geist hinzugewonnen.

Seine Ernennung wie auch die von Hume und anderen Bischöfen ist dem Einfluß des Pro-Nuntius Erzbischof *Bruno Heim* zu danken, der sich um die Hebung des intellektuellen Niveaus der Hierarchie in England und Wales verdient gemacht hat. Das Image der Hierarchie beginnt sich daher sehr zu verändern. Die bisherige „Norm“ ist durch mehrere heiligmäßige, geistig-offene, pragmatische bischöfliche Persönlichkeiten durchbrochen worden. Der einzige, nach wie vor das gesamte Feld überragende Theologe im englischen katholischen Raum bleibt indessen der ehemalige Konzilstheologe und Benediktinerabt *Christopher Butler*, Weihbischof von Westminster, der auch der anglikanisch-katholischen Theologenkommission angehörte. Die Stärke des englischen katholischen Beitrags lag immer schon eher auf dem Gebiet der moralischen und Glaubenspraxis als auf dem der Theologie und geistigen Spekulation.

Roland Hill

## Kuba: die etablierte Revolution

### Kirchliches Leben unter kommunistischer Herrschaft

Die revolutionären Aufbrüche in den mittelamerikanischen Staaten El Salvador, Guatemala und die Etablierung der sandinistischen Revolution in Nicaragua werden von den Politikern der westlichen Welt, vor allem der USA, zunehmend unter dem globalen Blickwinkel des

Ost-West-Konflikts gesehen. Während die politischen Kräfte in den betroffenen Ländern sich verbal immer wieder gegen interventionistische Pläne ausländischer Mächte wenden und propagieren, jedes Land müsse allein über seine politische Zukunft bestimmen, bedienen sich

die Aufständischen wie die herrschenden Regierungen sehr wohl und in beträchtlichem Umfang fremder Hilfe (vgl. HK, März 1982, 117 ff.). Die Spekulationen über das tatsächliche Ausmaß dieser militärischen Unterstützung einschließlich der Hilfeleistungen für die Guerilla beschäftigte insbesondere die amerikanische Regierung bisher mehr als die Frage der Opportunität amerikanischer Hilfe für die etablierten Regime. Der wachsende Widerstand in der amerikanischen Bevölkerung gegen das militärische Engagement in El Salvador zwingt Washington gegenwärtig jedoch zu einer flexibleren Mittelamerika-Politik, die auch die Bereitschaft zu Verhandlungen auf breiterer Basis einschließen könnte (unter Beteiligung der Aufständischen und lateinamerikanischer Vermittler wie zum Beispiel Mexiko und der mit den Aufständischen sympathisierenden Regime wie Nicaragua und eventuell sogar Kuba). Das derzeit an einem Ausbruch der Isolierung wieder interessierte Kuba wäre möglicherweise geneigt, auf eine solche Initiative einzugehen. Dadurch rückt gerade dieses Land wieder stärker in den Mittelpunkt des Interesses.

„Kuba ist sich seiner heiligen Pflicht gegenüber den Brudervölkern unseres Kontinents bewußt“, erklärte das kubanische Staatsoberhaupt, Regierungs- und Parteichef *Fidel Castro*, zum 20. Jahrestag der Revolution. „Unser Sieg war im Grunde genommen ein Sieg aller lateinamerikanischen Völker, und die Geschichte erkennt das an. Zum erstenmal wurde in Amerika vor den USA eine Barriere errichtet, wurde der Expansion, den politischen Intrigen, der subversiven Tätigkeit und der bewaffneten Einmischung ein vernichtender Schlag versetzt.“ Die Äußerung Castros vom 1. Januar 1979 kann zu Recht als formelle Bestätigung für die Absicht gewertet werden, die kubanische Revolution in andere Länder Lateinamerikas zu exportieren, in denen soziale Unruhen revolutionäre Potentiale freisetzen. Schon damals ließ Castro die Öffentlichkeit im unklaren darüber, wann, wo und mit welchen politischen Mitteln Kuba dieser „heiligen Pflicht“ nachkommen wollte. Die *Lateinamerika-Politik Kubas* ist nach dem gründlich gestörten Verhältnis zum Hauptgegner USA der heikelste Bereich der kubanischen Außenpolitik. Sie wird von dem Zwiespalt geprägt, der aus der historischen und kulturellen Zugehörigkeit zur hispano-amerikanischen Welt und der ideologischen und machtpolitischen Bindung an die Sowjetunion erwächst. Die im großen und ganzen diskrete Unterstützung revolutionärer Unruhen auf dem lateinamerikanischen Kontinent entspringt dem ideologischen Expansionswillen des marxistisch-leninistischen Regimes und einer von Moskau gelenkten taktischen Welt-Außenpolitik, deren Aggressivität je nach Interessenlage auf die sogenannte Entspannungspolitik abgestimmt wird. Die militärische Unterstützung Kubas für die Aufständischen in El Salvador und Guatemala besteht vermutlich in einem geringeren als dem vom amerikanischen Geheimdienst befürchteten Ausmaß. Sie reicht jedoch aus, die revolutionäre Unruhe zu schüren und die westliche Weltmacht politisch und auch militärisch zu provozieren.

## Belastetes Verhältnis zu den USA

Zu den theoretischen Grundlagen der *kubanischen Außenpolitik* zählt an erster Stelle der aktive Kampf gegen das „weltweite kapitalistische System“, das sich noch immer in seiner imperialistischen Phase befinde. Die angestrebte Lösung des historischen Konflikts zwischen Kapitalismus und Sozialismus mit dem Ziel der sozialistischen Welt-herrschaft sei nicht durch Konvergenz der Systeme, sondern nur durch einen revolutionären Bruch zu erreichen (*Carlos Rafael Rodriguez* in „Cuba Socialista“, Dezember 1981, theoretische Zeitschrift der Kommunistischen Partei Kubas.) Dieser Bruch müsse jedoch nicht unbedingt mit Waffengewalt herbeigeführt werden, sondern könne friedlich und sogar auf parlamentarischem Wege erfolgen. Der Sieg des Sozialismus sei nicht unvereinbar mit friedlicher Koexistenz.

Die *praktische* Außenpolitik Kubas orientiert sich jedoch an zusätzlichen Kriterien: Ein ausgeprägter Prestigewille wird als „internationalistische“ Gesinnung oder nationales „Ehrgefühl“ propagiert und zum östlichen Verbündeten hin als Patriotismus getarnt. Seit der Kuba-Krise 1962, bei der Kennedy und Chruschtschow über die kubanische Führung hinweg verhandelten, versucht Fidel Castro im Ausland wie vor seinen Landsleuten zumindest den Eindruck zu erwecken, sein Regime genieße trotz de facto begrenzter Souveränität eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber Moskau.

Als Fidel Castro im Januar 1959 in Havanna die Macht übernahm, ahnte niemand, daß sich bereits ein Jahr später der Aufstand gegen die Diktatur Batistas in ein marxistisch-leninistisches Revolutionsregime totalitären Zuschnitts umgekehrt haben würde. Die Kommunisten hatten sich Castro erst in letzter Minute angeschlossen. Aber innerhalb weniger Monate wurde der gesamte amerikanische Besitz auf Kuba verstaatlicht; die Entschädigungssummen waren nur geringfügig. Nordamerikanische Interventionen, die verhindern sollten, daß sich das kommunistische Regime weiter etabliert, dienten der kubanischen Führung propagandistisch zur Rechtfertigung einer enormen Rüstungspolitik und führten zu einem noch engeren Anschluß an den sowjetischen Verbündeten. Dieser Propaganda-Effekt ist bis heute wirksam: Die bis vor wenigen Jahren (und nach unbestätigten Meldungen jetzt erneut) vom amerikanischen Geheimdienst finanzierten exilkubanischen paramilitärischen Truppen in Florida ermöglichen es Castro, die These von der akuten Bedrohung durch die Vereinigten Staaten weiter aufrechtzuerhalten.

Was die anti-amerikanischen Ressentiments in der kubanischen Führung und unter der Bevölkerung jedoch auch ohne Propaganda-Tiraden wachhält, ist das Faktum der jetzt 20 Jahre dauernden amerikanischen Blockade. „Warum trifft uns der Zorn des USA-Imperialismus? Offensichtlich hatte er sich als absoluter Herrscher dieser Hemisphäre betrachtet, und kein Land Lateinamerikas oder der Karibik ‚hatte das Recht‘, sich für ein anderes

Wirtschaftssystem zu entscheiden. Wegen der unversöhnlichen Feindschaft des USA-Imperialismus und seiner aggressiven Politik gegenüber der kubanischen Revolution kann unser Land schon seit 20 Jahren aus den Vereinigten Staaten weder ein einfaches Medikament beziehen noch ein Gramm Zucker dorthin exportieren. Die Geschichte wird jeden auf ewig brandmarken, der auf derart verbrecherische Weise versucht, ein Land abzuwürgen und es dem ökonomischen Genozid auszusetzen ...“ (Rede am 1. 1. 1979 vor der Nationalversammlung.) Diese und ähnliche Äußerungen Castros lassen hinter der demagogischen Rhetorik auch den verletzten Stolz eines nicht ganz souveränen und zusätzlich geopolitisch isolierten Staates erkennen.

Das hochgerüstete und wirtschaftlich nicht gerade prosperierende Kuba kostet die Sowjetunion täglich zwischen acht und zwölf Millionen Dollar. Dieser Kostenpunkt, das unveränderte politische und militärische Interesse der UdSSR an einem sicheren Stützpunkt in der westlichen Hemisphäre und indirekt auch die *amerikanische Blockade* bestimmen das Verhältnis Kubas zu seinem östlichen Verbündeten. Die historisch interessante Frage, ob sich Kuba unter dem gegebenen außen- und innenpolitischen Kräfteverhältnis zwangsläufig zu einem moskautreuen marxistisch-leninistischen Staat entwickeln mußte, ist nachträglich kaum schlüssig zu beantworten. Von Politikern wurde diese hypothetische Frage meist in Übereinstimmung mit dem eigenen ideologischen Standort beantwortet. Daß die in erster Linie antikommunistisch ausgegerichtete amerikanische Politik keinerlei Einfluß auf den endgültigen Anschluß Kubas an den Ostblock gehabt habe, entspricht der historischen Wahrheit wohl ebenso wenig wie die andere These, es hätte lediglich einer geschickteren amerikanischen Politik bedurft, und Kuba hätte sich zu einem „blockfreien“ Staat, Jugoslawien vergleichbar, entwickelt.

### Innenpolitische Widersprüche

Kuba leidet unter der amerikanischen Blockade um so mehr, je länger sie andauert. Die Auswirkungen sind längst nicht nur mehr wirtschaftlicher Art, das kulturelle und das von lateinamerikanischen Lebensformen mitgeprägte nationale Leben fand in den vergangenen 20 Jahren mit wenigen Ausnahmen isoliert vom Kontinent statt. Mit dem *Import der Ideologie* gelangten vor allem über die Medien Bilder und Beispiele einer Kultur ins Land, die den Kubanern bis heute unvermindert fremd geblieben ist. Unvermindert attraktiv hingegen ist trotz aller offiziellen Gegenpropaganda der amerikanische Lebensstil und seine materiellen Derivate. Dieser Attraktivität der westlichen Welt begegnet das kubanische Regime mit der unermüdlichen Verteufelung des Erzfeindes USA, ein die radikale ideologische Umerziehung so wirkungsvoll legitimierender Propaganda-Trick, daß Jean-Paul Sartre einmal schrieb, die kubanische Revolution „hätte die Vereinigten Staaten erfinden müssen, wenn sie nicht existiert hätten“ (Zit. nach France Soir, 12. 7. 60).

Zur mächtigsten innenpolitischen Kraft entwickelte sich in den siebziger Jahren die *kommunistische Partei Kubas*, deren rund 440 000 Mitglieder nach strengen Aufnahmekriterien ausgesucht wurden. Der alles dominierenden Partei zentralistisch zugeordnet sind Militär, Regierung und die Massenorganisationen; die Komitees zur Verteidigung der Revolution erreichen über ein dichtgespanntes Netz die gesamte Bevölkerung. Das staatlich gelenkte Wirtschaftssystem hat sich als so instabil erwiesen, daß Kuba von der Sowjetunion quasi künstlich ernährt werden muß. Als Gegenleistungen hat es Verpflichtungen für den Comecon übernommen, dem es 1972 beitrug. Obwohl die Arbeitsproduktivität nach Einführung der Planwirtschaft rapide sank, konnte mittels strenger Rationierung aller Nahrungsmittel und auch vieler Gebrauchsgüter die Versorgung des Landes einigermaßen gewährleistet werden.

Extreme Armut wie in den anderen lateinamerikanischen Ländern ist in Kuba nicht zu finden. Die hohen Investitionen in das Gesundheitswesen haben die Kindersterblichkeitsrate auf ein den Industrienationen vergleichbares Niveau gesenkt. Für den Bereich Erziehung, wie das Gesundheitswesen ein Schwerpunkt staatlicher Förderung, wurden im vergangenen Jahr acht Prozent des Bruttosozialprodukts ausgegeben. Das Analphabetentum ist beseitigt; es besteht Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahr. Ein Teil der Wissenschaftler und Spezialisten, vor allem Ärzte, werden für „internationalistische“ Aufgaben ausgebildet. Kubanische Experten arbeiten derzeit in 30 Ländern der Welt. Westeuropäische Besucher Kubas berichten über ein wachsendes Interesse an intensiveren Kontakten zu den Staaten Westeuropas. Neben dem allgemeinen Wunsch nach außenpolitischer Anerkennung dürfte auch der Gedanke der Rückversicherung mitspielen für den Fall, daß die Sowjetunion die gigantische Wirtschaftshilfe irgendwann nicht mehr in vollem Umfang leisten kann. Als im Frühjahr 1980 nach der Besetzung der peruanischen Botschaft 120 000 von mehreren Millionen ausreisewilligen Kubanern das Land verlassen durften, versuchte Castro, den Massenexodus herunterzuspielen, indem er die Exilanten als „Lumpen“ und „vaterlandslose Gesellen“ bezeichnete. Wenn man die bei dieser Gelegenheit abgeschobenen Kriminellen ausklammert, zeigte sich die Mehrheit dieser Exilkubaner in Befragungen eingengt und angeödet vom strapaziösen und gleichzeitig eintönigen sozialistischen Alltag. Unbefriedigte Konsumwünsche standen bei vielen im Vordergrund. Obwohl der Durchschnittskubaner die positiven Errungenschaften der Revolution im Bildungs-, im Gesundheitswesen und im Arbeitsleben anerkennt, wachsen doch Bitterkeit und Unmut darüber, daß er „immer mit der Masse gehen“ muß, daß er „nie etwas besonders Gutes“ bekommt (so können die Kubaner von ihrem hervorragenden Tabak nur den drittklassigen kaufen, da alles andere Exportware ist). Die Glorifizierung amerikanischen Lebens steht in scharfem Kontrast zu dem schlechten Image der Russen, die ihrerseits den Kubanern mit kränkender Überheblichkeit begegnen.

## Castro und der Katholizismus

Das Leben der Kirche hat sich mit dem Sieg der castristischen Revolution radikal umstellen müssen. Der traditionelle kubanische Katholizismus trug die Merkmale einer *karibisch geprägten Religiosität*: Afrikanische Kultformen verbanden sich locker mit christlichem Glaubensgut, die leichtlebige Mentalität der Kariben entglitt allen Versuchen, die Kirche und ihren Glauben fest im Volk zu verankern. Vor der Machtübernahme Castros rief die Kirche mit Hilfe der Katholischen Aktion eine Erneuerungsbewegung ins Leben, die zu einem Teil auch das liberalistische und freimaurerisch gesonnene Bürgertum erreichte. Mit der Verstaatlichung des gesamten Bildungswesens im Jahre 1961 wurde der kubanischen Kirche, die von ihren Privatschulen lebte und dort die Mehrzahl ihres Personals eingesetzt hatte, die Existenzgrundlage entzogen. Mit der Verordnung vom 1. Mai 1961 verlor die katholische Kirche 325 Kollegien mit über 67 000 Schülern und die katholische Universität Santo Tomás; den Protestanten wurden 60 Schulen genommen. Die kirchenfeindliche Stimmung im Land und die Propaganda vor allem der spanischen Botschaft in Havanna, die das gesamte kirchliche Personal aus Spanien drängte, in die Heimat zurückzukehren, wo es die als sicher geltende Invasion und „Befreiung“ Kubas durch die Amerikaner abwarten sollte, bewirkten, daß zahlreiche Priester und Ordensfrauen die Insel verließen. Im Jahre 1960 waren rund 600 Priester und mehr als 2000 Schwestern auf Kuba tätig; 1970 waren es noch 230 Priester und 200 Ordensfrauen.

Der *Massenexodus des kirchlichen Personals* erfolgte nicht unter staatlichem Zwang, sondern glich eher einer überstürzten Flucht vor einer unsicheren Zukunft. Nach kirchlichen Aussagen waren es nur zehn von 80 Prozent, die Kuba verließen, weil staatliche Stellen es ihnen nahegelegt hatten. Einige wenige Priester wurden zwangsausgewiesen. Angesichts der heutigen Existenzsorgen der kubanischen Kirche ist man geneigt, ihr diese freiwillige Dezimierung des Seelsorge-Personals als folgenschweren Irrtum anzulasten. Aus heutiger nachkonziliarer Sicht der erstarkten lateinamerikanischen Ortskirchen mag das berechtigt scheinen. Um 1960 stellte sich die kubanische Kirche jedoch als oligarchienaher und dem Großbürgertum zuneigende Institution dar, zu der sie sich nach einer Epoche der Unterdrückung mit Hilfe ihrer überwiegend elitären Bildungseinrichtungen entwickelt hatte.

Zehn Jahre später und mit den Erfahrungen des Konzils und der lateinamerikanischen Bischofskonferenz von Medellín hätte das „arbeitslos“ gewordene kirchliche Lehrpersonal wahrscheinlich ohne Zögern andere pastorale Aufgaben innerhalb der kubanischen Kirche übernommen, die der umfassenden Evangelisierung der Kubaner gewiß dienlicher hätte sein können. Als dann in den sechziger Jahren die gesellschaftlichen Veränderungen in das kirchliche Bewußtsein traten, als sich unter Johannes XXIII. die Kirche öffnete und mit dem Konzil die Vorstellung einer Kirche, die im Volk lebt, heranreifte,

war der kubanischen Kirche der Zugang zur Weltkirche weitgehend versperrt.

Die erste Sorge der Kirche unter Castro war es von Anfang an, ihre *institutionelle Existenz* zu retten. Im Dezember 1961 bekannte Fidel Castro sich offen zum Marxismus-Leninismus. Die Feindseligkeiten gegen die katholische Kirche als einem konterrevolutionären Störfaktor hatten zugenommen, und mit dem Beginn der systematischen ideologischen Umerziehung hatte die Kirche als gesellschaftliche Kraft aufgehört zu existieren.

Als der neue, im Dezember 1981 in sein Amt eingeführte Erzbischof von Havanna, *Jaime Ortega y Alamino*, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Kuba kürzlich als „gut“ bezeichnete, wurde das in den westlichen Ländern mit Erstaunen registriert. Die Einschätzung des neuen Erzbischofs ist zutreffend insofern, als es für seine Kirche schwerere Zeiten gegeben hat und das Erreichte am – relativen – Maßstab dessen gemessen wurde, was unter einem diktatorischen kommunistischen Regime möglich ist. In den sechziger Jahren, für die Kirche eine Phase gettoähnlicher Isolation, hatten die Bischöfe und das verbliebene kirchliche Personal in einer furchtsamen Erwartungshaltung gelebt, die sich auf die Wiederherstellung der alten Verhältnisse konzentrierte.

Die führende kirchenpolitische Figur der kubanischen Kirche war in dieser ersten entscheidenden Phase des neuen Staat-Kirche-Verhältnisses Msgr. *Cesare Zacchi*, der spätere Apostolische Nuntius in Havanna. Ihm ist es vor allem zu verdanken, daß der kubanischen Kirche – von einigen Ausschreitungen abgesehen – eine blutige Kirchenverfolgung erspart geblieben ist. Zacchi führte die Verhandlungen mit dem Regime und ermutigte die Bischöfe, den äußerst engen Spielraum zu nutzen, der der Kirche innerhalb der eigenen Wände verblieben war. Schon in den 60er Jahren vertrat er die Auffassung, die Kirche müsse mit dem Volk leben und sein Schicksal teilen. Es gelang ihm, die unter dem Batista-Regime amtierenden und mit diesem teilweise sympathisierenden Bischöfe durch eine neue Bischofsgeneration abzulösen und die diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und dem Vatikan ohne Unterbrechung aufrechtzuerhalten.

Heute wird die Kirche in Kuba systematisch und *auf subtile Weise diskriminiert*, ohne daß man von einer regelrechten Kirchenverfolgung sprechen könnte. Ihr Wirkungsfeld ist buchstäblich auf den kirchlichen Raum beschränkt. Die einzige Ausnahme bilden einige von Schwestern geführte Altenheime. Auch in den zahlreichen verfallenden und verfallenen Kirchen der Insel werden noch Sakramente gespendet und Religionsunterricht erteilt. Neue Gotteshäuser dürfen erfahrungsgemäß nicht gebaut werden, bestehende können erweitert oder umgebaut werden. Die Restaurierung der wertvollen Kolonialkirchen behält sich der Staat vor, der aber offensichtlich kaum in der Lage oder willens ist, sie vor dem Verfall zu retten. (Nach offiziellen Angaben sind seit der Revolution für Restaurierungsarbeiten an Kirchen in der Hauptstadt Havanna insgesamt 200 000 Dollar bereitgestellt worden.)

## Erzwungene Privatisierung des Glaubens

Die *kirchliche Jugendarbeit* wird wirksam behindert dadurch, daß Parteiveranstaltungen, das System der Mittelpunktschulen auf dem Lande, wo die Schüler kaserniert leben, die sogenannten freiwilligen Arbeitsdienste (ein Sonntag pro Monat und 45 Tage in der Sommerpause) und die dreijährige Militärzeit die Freizeit auf ein Minimum reduzieren. Über die religiöse Praxis gibt es nur wenige statistische Daten. Die Zahl der praktizierenden Katholiken in den sieben Diözesen des Landes wird mit etwa einem Prozent angegeben, das sind bei einer Gesamtbevölkerung von 9,5 Millionen und 8 Millionen Katholiken höchstens 80 000. Nur ca. 12 Prozent der kubanischen Kinder werden durchschnittlich noch getauft; im letzten Jahr waren es jedoch 25 Prozent. Es gibt Laienbewegungen, sogenannte „*laicos comprometidos*“, die als Hilfskräfte der 215 Priester fungieren, aber keine nachkonziliaren Gemeindeformen und Ämter wie kirchliche Basisgemeinschaften, Katecheten oder „*agentes de pastoral*“, wie sie sich auf dem lateinamerikanischen Kontinent bilden. In den beiden Priesterseminaren – Eigentum der Kirche wie auch die Gotteshäuser – studieren gegenwärtig 57 Seminaristen. Pro Jahr werden durchschnittlich 10 Priester geweiht. Die Seminaristen und Priester sind vom Wehrdienst faktisch befreit. Mit wenigen Ausnahmen hat das Regime ausländischen Priestern und Ordensleuten, die in Kuba arbeiten wollten, die Einreise verweigert. Auch die 1960 emigrierten vorwiegend spanischen Priester durften bis heute größtenteils nicht mehr zurückkehren.

Ein praktizierender Katholik in Kuba sei ein „*hombre marcado*“, ein gezeichneter Mensch, sagte einer der führenden Kirchenmänner im Gespräch. Ein bekennender Christ geht das *Risiko beruflicher und gesellschaftlicher Nachteile* ein und wird in der offiziellen Propaganda ironisiert oder lächerlich gemacht. Im arbeitsreichen kubanischen Alltag entsteht jedoch nach kirchlicher Erfahrung allmählich ein gewisser Respekt vor den gläubigen Christen, wo diese sich inmitten von Ämterhascherei und Opportunismus durch Gradlinigkeit und Unbestechlichkeit auszeichnen. Das erste Angriffsziel der offiziellen Propaganda ist unverändert die Kirche als Hort konterrevolutionärer Aktivitäten, ein Vorwurf, der die Kirche als eine durch die Kollaboration mit dem Batista-Regime diskreditierte Institution treffen soll. Heute geben kubanische Kirchenvertreter mit selbstkritischem Unterton zu, daß die Kirche sich zu Beginn der 60er Jahre auf ungute Weise am Kampf gegen das Castro-Regime beteiligt hat. „Man muß daran erinnern, daß der CIA sich das religiöse Empfinden der Kubaner zunutze gemacht hat. Die Naivität unter den kubanischen Katholiken und Protestanten im Exil war groß; sie ließen sich von den Amerikanern für deren Ziel, die Zerschlagung der Revolution, einspannen“ (*Carlos Manuel de Céspedes*, Sekretär der Kubanischen Bischofskonferenz in „*Vida Nueva*“, 17. 11. 79). Durchaus richtig eingeschätzt hätten die Katholiken aber die Ge-

fahr eines totalitären und doktrinären Kommunismus. Der Sekretär der Bischofskonferenz hält das „ständige Zurückblättern“ zu den Ereignissen von 1960/61, aus denen die Konfrontation von Kirche und Staat entstand, für schädlich. „Beide Seiten müssen umblättern und neu anfangen. Ich weiß nicht, ob der Mut dazu bei beiden vorhanden ist“ (ebd.).

Im Augenblick sieht es nicht so aus, als würde das Regime diese Einladung, auf sein liebstes Propagandamittel gegen die Kirche zu verzichten, annehmen. Das Gespräch mit den staatlichen Behörden scheint aber wieder in Gang gekommen zu sein. An einem „wissenschaftlichen“ Dialog zwischen Marxisten und Christen scheint beiderseits wenig Interesse zu bestehen. Die Kirche würde darin wahrscheinlich kaum mehr als den taktischen Versuch der anderen Seite sehen, sich auf ihre Kosten zu profilieren. Zudem mangelt es ihr an entsprechend vorbereitetem Personal. Daß die Kirche in Kuba weder Zugang zu Radio und Fernsehen hat, noch selbst Zeitschriften oder Bücher herstellen und vertreiben darf, empfinden die Bischöfe als eine mit jedem Jahr belastendere Behinderung ihrer pastoralen Arbeit. Der auch durch die langjährige staatliche Zensur entstandene Mangel an geistiger Anregung, wissenschaftlicher und theologischer Literatur sowie an pastoralem Erfahrungsaustausch haben im Leben der Kirche – parallel zur stagnierenden geistigen Verfassung der kubanischen Gesellschaft – eine Situation geschaffen, die der Sekretär der Bischofskonferenz mit „*interner Blockade*“ kennzeichnete.

## Löst sich die Kirche aus einer Haltung der Resignation?

In letzter Zeit versuchen die Bischöfe, den *negativen Folgen einer aufgezwungenen Privatisierung des Glaubenslebens* mit neuen pastoralen Anstößen im Sinne der umfassenden Evangelisierung des Menschen zu begegnen, wie sie die Kirchen auf dem lateinamerikanischen Festland seit Medellín in Puebla praktizieren. Die Kirche, das Kirchengebäude, wird von den Gläubigen ähnlich wie in den Ländern des Ostblocks als geheiligter Ort und sicherer Hort verstanden. Sie zieht zunehmend auch Jugendliche an, deren Altersgenossen nicht einmal mehr das Symbol des Kreuzes kennen. Wie in der DDR und anderen Ländern unter kommunistischer Herrschaft ist unter der kubanischen Jugend ansatzweise ein *Trend zum Religiösen* feststellbar, der zunächst mit der Flucht aus den Zwängen und der Eintönigkeit staatlich verordneter Freizeitgestaltung zu erklären ist. Ihr Anteil an den Gottesdienstbesuchern wird auf ca. 20 Prozent geschätzt. Die Liturgie der Gottesdienste verwendet einheimische populäre Elemente und zeichnet sich durch die lebendige Teilnahme der Gemeinde an der Gestaltung der Meßfeier aus. Nach dem Gottesdienst – auch das erinnert an die europäischen Diaspora-Kirchen – bleibt die Gemeinde vielfach noch lange zusammen.

Die kubanische Kirche steht heute vor derselben gigantischen pastoralen Aufgabe wie die anderen lateinamerikanischen Ortskirchen: der Evangelisierung eines Volkes, das zwar christianisiert ist, dessen Glauben aber nur flache Wurzeln bilden konnte. Dies gilt besonders für die Völker des karibischen Raums, in deren Mentalität sich indianisches, europäisches und afrikanisches Erbe mit den psychologischen Folgen eines jahrhundertealten kolonialen Drucks vermischt. In den Jahren vor der Revolution Castros lag der Gottesdienstbesuch in Kuba auch nur bei 5 bis 10 Prozent; die Seelsorge trug weitgehend Züge des Zufalls. Heute scheint es, als löse sich die Kirche aus der abwartenden, resignativen Haltung, in die sie nach dem Schock der Revolution verfallen war. Von den Hilfswerken ermöglichte häufigere Kontakte mit den lateinamerikanischen Schwesterkirchen haben dazu beigetragen; die Nuntiatur in Havanna hat den Bischöfen einen Teil der kirchenpolitischen Verantwortung zurückgegeben, für die sie lange Zeit allein zuständig war.

Im Dezember 1981 ließen die Bischöfe in allen Kirchen des Landes einen eminent politischen Hirtenbrief verlesen, in dem sie für eine friedliche Lösung der Konflikte im mittelamerikanischen Raum plädieren. Das Hirten Schreiben kritisiert in kaum verdeckter Form die Mittelamerika-Politik der Vereinigten Staaten und beruft sich unter anderem auf die nordamerikanische Bischofskonferenz, die sich im Herbst vergangenen Jahres energisch gegen die militärische Unterstützung El Salvadors ausgesprochen und bereits 1972 die Aufhebung der Kuba-Blockade gefordert hatte. In dem Hirtenbrief heißt es wörtlich: „Verbale Attacken und feindselige Akte werden bereits seit einiger Zeit ausgetauscht und überschatten die Zukunft. Die Ankündigung von nicht genau definierten

Maßnahmen, drohende Stimmen und Gebärden sind immer eine Gefahr in den Beziehungen zwischen den Staaten, und diese Gefahr vergrößert sich noch, wenn die Mächtigsten die Schwächsten bedrohen ... Wir widersetzen uns ebenso sehr einem bewaffneten Angriff wie auch jeglicher Form der Blockade, und wir wehren uns auch – als dem echten Frieden widersprechend – gegen den psychologischen Krieg, der durch Drohungen, Druck und Spannung erzeugende Mittel das normale Leben unserer Völker beunruhigt. Wir halten die Zeit für gekommen, daß alle betroffenen Parteien erneut überdenken, ob ihre Intentionen und ihr Verhalten einen Beitrag zum Frieden leisten“ (Weltkirche 1, 1982). Mit dieser deutlichen Stellungnahme mögen die Bischöfe auf der Linie der offiziellen kubanischen Politik liegen. Man sollte den Hirtenbrief jedoch nicht als opportunistische Geste interpretieren, sondern als eine kirchliche Stimme mehr, die in den drohenden Gebärden der amerikanischen Regierung und den verbalen Demonstrationen ihrer Macht eine moralische und politische Fehlleistung sieht. Trotz solch deutlich formulierter Haltung muß das noch keine Parteinahme für die andere Seite bedeuten.

Den europäischen Kirchen sollte an Kontakten zu der kubanischen Kirche gelegen sein. Das ist auf bischöflicher Ebene möglich, auch die Priester haben Gelegenheit zu Auslandskontakten. Am ärgsten leidet das katholische Volk. Es muß in seinem Lebensraum dem Druck des totalitären Systems standhalten und die Doppelzüngigkeit eines Diktators hinnehmen, der die Bibel vor aller Welt „ein wunderbares Buch“ nennt (Fidel Castro vor der Kirchenversammlung auf Jamaica, Oktober 1977), aber in seinem Land in den 23 Jahren seiner Herrschaft kein einziges Exemplar drucken ließ.

*Gabriele Burchardt*

## Notizen

# Sakramentalität der Kirche als ökumenisches Problem

## Zu einem Jubiläumssymposium des Johann-Adam-Möhler-Instituts

Das Johann-Adam-Möhler-Institut für Ökumenische Theologie in Paderborn wurde vor 25 Jahren, am 19. Januar 1957, gegründet. Es ist das älteste jener wissenschaftlichen Institute, die inzwischen an vielen Fakultäten sich mit der theologischen Grundlagenproblematik in bezug auf die ersehnte Einigung der Kirchen beschäftigen. Paderborn nimmt nicht nur wegen seines Erstgeburtsrechtes eine Sonderstellung ein. Im Unterschied zu den Schwesterinstituten ist es nicht in eine theologische Fakultät

eingeorordnet, auch wenn es der Fakultät in Paderborn, Nachfolgerin der früheren Theologischen Akademie, wissenschaftlich verbunden ist. Auch ist das Möhler-Institut nicht, wie oft angenommen wird, der Deutschen Bischofskonferenz zugeordnet, sondern erster Träger ist das Erzbistum Paderborn, derzeitiger Präsident Erzbischof *Johannes Joachim Degenhardt*. Seit 1981 wird das Institut von Prof. *Peter Bläser* geleitet, dem drei weitere Direktoren und etwa ein Dutzend haupt- und nebenamtliche Kräfte